

Landesabgeordnetengesetz

§7 Amtsausstattung

(1) ¹Ein Abgeordneter erhält zur Abgeltung der durch das Mandat veranlassten Aufwendungen eine Amtsausstattung. ²Dazu gehört auch die Benutzung der durch das Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellten Informations- und Kommunikationseinrichtungen nach Maßgabe des Haushaltsplans.

(2) ¹Ein Abgeordneter erhält eine monatliche Kostenpauschale für Schreibarbeiten, Porto, Telefon und Fahrkosten in Höhe von 955 Euro.

³Das Land übernimmt auf schriftlichen Antrag für jeden Abgeordneten die nachgewiesenen Zahlungsverpflichtungen, die ihm aus der Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstehen, welche ihn bei der Erledigung seiner parlamentarischen Arbeit unterstützen, wenn der vereinbarte Arbeitslohn insgesamt einen Betrag von monatlich 580 Euro zuzüglich der gesetzlichen Lohnnebenkosten des Arbeitgebers nicht übersteigt.

§7 Amtsausstattung

(1) ¹Ein Abgeordneter erhält zur Abgeltung der durch das Mandat veranlassten Aufwendungen eine Amtsausstattung. ²Dazu gehört auch die Benutzung der durch das Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellten Informations- und Kommunikationseinrichtungen nach Maßgabe des Haushaltsplans. ³**Interne Büros stellt das Abgeordnetenhaus nur Fraktionen oder einzelnen Abgeordneten mit besonderer Funktion nach Maßgabe eines Beschlusses des Präsidiums zur Verfügung.**

(2) ¹Ein Abgeordneter erhält eine monatliche Kostenpauschale für **die Unterhaltung eines externen Büros**, Schreibarbeiten, Porto, Telefon und Fahrkosten in Höhe von ~~955~~ **2.500** Euro. ²**Büros sind nach Maßgabe der Richtlinien des Präsidiums räumlich, sachlich und personell von Partei- und anderen Nutzungen zu trennen und dürfen von bis zu drei Mandatsträgern in Berlin gemeinsam genutzt werden.** ³**Unterhält ein Abgeordneter kein Büro, verringert sich die Kostenpauschale nach Satz 1 um 1.000 Euro.** ⁴**Werden Büros gemeinschaftlich genutzt, verringert sich die jeweilige Kostenpauschale nach Satz 1 um 150 Euro.** ⁵**Ferner werden jedem Abgeordneten für die Büronutzung auf schriftlichen Antrag und gegen Nachweis Büroausstattungskosten, die nicht Verbrauchsmaterialien umfassen, in Höhe von bis zu 5.000 Euro je Legislaturperiode erstattet, auch wenn diese vorzeitig beendet werden sollte oder eine gemeinschaftliche Büronutzung stattfindet.** ⁶**Der jeweilige Büronutzungs- oder -Mietvertrag ist dem Abgeordnetenhaus vorzulegen.**

(3) ¹Das Land übernimmt auf schriftlichen Antrag für jeden Abgeordneten die nachgewiesenen Zahlungsverpflichtungen, die ihm aus der Beschäftigung von **bis zu drei** Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entstehen, ~~welche ihn bei der Erledigung seiner parlamentarischen Arbeit unterstützen, wenn~~ **soweit** der vereinbarte Arbeitslohn insgesamt einen Betrag von monatlich ~~580~~ **3.000** Euro zuzüglich der gesetzlichen Lohnnebenkosten des Arbeitgebers nicht übersteigt.

⁴Mehrere Abgeordnete können eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter oder mehrere Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter gemeinsam beschäftigen.

²Mehrere Abgeordnete können ~~eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter oder mehrere Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter~~ **auf die Anzahl nach Satz 1 jeweils angerechnet** gemeinsam beschäftigen, **soweit die vom Präsidium in Richtlinien zu regelnden Gehaltsgrenzen nicht über- oder unterschritten werden, die einen verbindlichen Musterarbeitsvertrag samt Arbeitsplatzbeschreibung und Übergangsregelungen für bisherige Arbeitsverhältnisse enthalten.** ³**Das Abgeordnetenhaus übernimmt nach Maßgabe dieser Richtlinien und des Hauhaltsplans kostenfrei die jeweilige Buchführung, Abrechnung und Abführung, ohne Arbeitgeber zu sein.**

⁵Nicht übernommen werden Aufwendungen, die anlässlich der Beschäftigung von Ehegatten, Ehegatten anderer Abgeordneter, eingetragenen Lebenspartnern (auch anderer Abgeordneter), von Verschwägerten, von Verwandten ersten und zweiten Grades, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen oder Gruppen des Abgeordnetenhauses oder des Deutschen Bundestages, von Mitgliedern gesetzgebender Körperschaften sowie unter Beteiligung juristischer Personen entstehen.

⁴Nicht übernommen werden Aufwendungen, die anlässlich der Beschäftigung von Ehegatten, Ehegatten anderer Abgeordneter, eingetragenen Lebenspartnern (auch anderer Abgeordneter), von Verschwägerten, von Verwandten ersten und zweiten Grades, von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen oder Gruppen des Abgeordnetenhauses oder des Deutschen Bundestages, von Mitgliedern gesetzgebender Körperschaften sowie unter Beteiligung juristischer Personen entstehen.

⁶Das Präsidium des Abgeordnetenhauses bestimmt das Nähere zur Übernahme der Zahlungsverpflichtungen durch Richtlinien; diese enthalten einen für die Arbeitsverhältnisse verbindlichen Musterarbeitsvertrag.

~~⁵Das Präsidium des Abgeordnetenhauses bestimmt das Nähere zur Übernahme der Zahlungsverpflichtungen durch Richtlinien; diese enthalten einen für die Arbeitsverhältnisse verbindlichen Musterarbeitsvertrag.~~

(3) Hat ein Abgeordneter keine Übernahme von Zahlungsverpflichtungen nach Absatz 2 Satz 2 beantragt oder wird er den monatlichen Höchstbetrag von 580 Euro nicht ausschöpfen, so kann er in Höhe des nicht ausgeschöpften Betrages, höchstens jedoch in Höhe von 6 960 Euro, die Erstattung von Aufwendungen für zukünftige mandatsbezogene personelle Unterstützung verlangen, die nicht auf einem Arbeitsvertrag im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 beruht. Der Antrag ist schriftlich unter Vorlage des Vertrages zu stellen. Absatz 2 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend.

~~(3) Hat ein Abgeordneter keine Übernahme von Zahlungsverpflichtungen nach Absatz 2 Satz 2 beantragt oder wird er den monatlichen Höchstbetrag von 580 Euro nicht ausschöpfen, so kann er in Höhe des nicht ausgeschöpften Betrages, höchstens jedoch in Höhe von 6 960 Euro, die Erstattung von Aufwendungen für zukünftige mandatsbezogene personelle Unterstützung verlangen, die nicht auf einem Arbeitsvertrag im Sinne des Absatzes 2 Satz 2 beruht. Der Antrag ist schriftlich unter Vorlage des Vertrages zu stellen. Absatz 2 Satz 3 bis 5 gilt entsprechend.~~

4) Der Präsident und seine Stellvertreter erhalten eine Amtsaufwandsentschädigung, deren Höhe für den Präsidenten dem in Absatz 2 Satz 1 genannten Betrag und für die Stellvertreter des Präsidenten der Hälfte des in Absatz 2 Satz 1 genannten Betrages entspricht.

(4) Der Präsident und seine Stellvertreter erhalten eine Amtsaufwandsentschädigung, deren Höhe für den Präsidenten ~~dem~~ **der Hälfte des** in Absatz 2 Satz 1 genannten Betrag und für die Stellvertreter des Präsidenten ~~der Hälfte~~ **einem Viertel** des in Absatz 2 Satz 1 genannten Betrages entspricht.

(5) ¹Die Kostenpauschale nach Absatz 2 wird jeweils zum 1. Januar eines jeden Jahres an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Berlin angepasst, die vom Oktober des abgelaufenen Jahres gegenüber dem Oktober des vorangegangenen Jahres eingetreten ist. ²Den Preisentwicklungssatz teilt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg jeweils dem Präsidenten mit. ³Dieser veröffentlicht den neuen Betrag der Kostenpauschale im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin.

5) ¹Die Kostenpauschale nach Absatz 2 **und 3** wird jeweils zum 1. Januar eines jeden Jahres an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Berlin angepasst, die vom Oktober des abgelaufenen Jahres gegenüber dem Oktober des vorangegangenen Jahres eingetreten ist. ²Den Preisentwicklungssatz teilt das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg jeweils dem Präsidenten mit. ³Dieser veröffentlicht den neuen Betrag der Kostenpauschale im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin.

Bezirksverordnetenentschädigungsgesetz

§ 2 Grundentschädigung

(1) ¹Die Grundentschädigung der Bezirksverordneten beträgt monatlich ein Zehntel der Entschädigung, die ein Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin nach § 6 Abs. 1 des Landesabgeordnetengesetzes erhält; der Betrag ist auf den nächsten durch fünf teilbaren Betrag abzurunden. ²Sie wird gezahlt von dem Tage des ersten Zusammentritts der Bezirksverordnetenversammlung an bis zum Ende des Monats, in dem die Wahlperiode abläuft (§ 5 Abs. 2 Satz 2 des Bezirksverwaltungsgesetzes).

(2) ¹Bezirksverordnete, die nach dem ersten Zusammentritt der Bezirksverordnetenversammlung eintreten, erhalten die Grundentschädigung vom Tage der Annahme der Wahl an. ²Vorzeitig ausscheidende Bezirksverordnete erhalten sie bis zum Ablauf des Monats, in dem sie ausscheiden.

§ 6 Zusätzliche Grundentschädigung

(1) Die Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlungen erhalten eine zusätzliche Grundentschädigung in Höhe des dreifachen Betrages der Grundentschädigung eines Bezirksverordneten nach § 2.

(2) Die Stellvertreter der Bezirksverordnetenvorsteher erhalten eine zusätzliche Grundentschädigung in Höhe von drei Vierteln des Betrages der Grundentschädigung eines Bezirksverordneten nach § 2.

§ 2 Grundentschädigung

(1) ¹Die Grundentschädigung der Bezirksverordneten beträgt monatlich ~~ein Zehntel~~ **15 vom Hundert** der Entschädigung, die ein Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin nach § 6 Abs. 1 des Landesabgeordnetengesetzes erhält; der Betrag ist auf den nächsten durch fünf teilbaren Betrag abzurunden. ²Sie wird gezahlt von dem Tage des ersten Zusammentritts der Bezirksverordnetenversammlung an bis zum Ende des Monats, in dem die Wahlperiode abläuft (§ 5 Abs. 2 Satz 2 des Bezirksverwaltungsgesetzes).

(2) ¹Bezirksverordnete, die nach dem ersten Zusammentritt der Bezirksverordnetenversammlung eintreten, erhalten die Grundentschädigung vom Tage der Annahme der Wahl an. ²Vorzeitig ausscheidende Bezirksverordnete erhalten sie bis zum Ablauf des Monats, in dem sie ausscheiden.

§ 6 Zusätzliche Grundentschädigung

(1) Die Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlungen erhalten eine zusätzliche Grundentschädigung in Höhe ~~des dreifachen Betrages der Grundentschädigung eines Bezirksverordneten nach § 2~~ **von 1 000 Euro**.

(2) Die Stellvertreter der Bezirksverordnetenvorsteher erhalten eine zusätzliche Grundentschädigung in Höhe von ~~drei Vierteln des Betrages der Grundentschädigung eines Bezirksverordneten nach § 2~~ **250 Euro**.

(3) Die Fraktionsvorsitzenden erhalten eine zusätzliche Grundentschädigung in Höhe des eineinhalbfachen Betrages der Grundentschädigung eines Bezirksverordneten nach § 2.

(4) § 2 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 1 gilt für die Zahlung der zusätzlichen Grundentschädigungen entsprechend; bei vorzeitiger Aufgabe der Funktion werden die zusätzlichen Grundentschädigungen für den Monat der Aufgabe tageweise berechnet.

§ 8a Zuschüsse an die Fraktionen

(1) Den Fraktionen werden zur Durchführung ihrer Aufgaben Zuschüsse für den personellen und sachlichen Aufwand einschließlich der Unterhaltung ihrer Büros gewährt.

(2) ¹Jeder Bezirksverordnetenversammlung werden für Zuschüsse an die Fraktionen im Haushaltsjahr ein Grundbetrag in Höhe von 15 000 Euro und ein zusätzlicher Betrag von 100 Euro je 1 000 Bezirkseinwohner zugeteilt. ²10 vom Hundert des Grundbetrages erhält jede Fraktion als Sockelbetrag. ³Der verbleibende Gesamtbetrag wird auf die einzelnen Fraktionen nach ihrer Mitgliederzahl verteilt. ⁴Die Fraktionszuschüsse werden monatlich im Voraus gezahlt.

(3) Die Fraktionen sind berechtigt, in einem Haushaltsjahr nicht ausgegebene Mittel in Höhe von bis zu 50 vom Hundert der nach Absatz 2 zugeteilten Zuschüsse in das folgende Jahr zu übertragen.

(4) ¹Die Fraktionen erhalten gegen Nachweis ihrer Aufwendungen zusätzliche Personalmittel für die Beschäftigung von Mitarbeitern. ²Die Personalmittel betragen für Fraktionen

1. mit einer Stärke von mehr als 20 Mitgliedern bis zu 32 000 Euro,
2. mit einer Stärke von zehn bis 20 Mitgliedern bis zu 24 000 Euro,
3. mit einer Stärke von weniger als zehn Mitgliedern bis zu 16 000 Euro.

(5) Die Fraktionen weisen bis zum 30. Juli des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres gegenüber dem Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung die ordnungsgemäße Verwendung der Zuschüsse nach.

(3) Die Fraktionsvorsitzenden erhalten eine zusätzliche Grundentschädigung in Höhe ~~des eineinhalbfachen Betrages der Grundentschädigung eines Bezirksverordneten nach § 2~~ **von 500 Euro**.

(4) § 2 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 1 gilt für die Zahlung der zusätzlichen Grundentschädigungen entsprechend; bei vorzeitiger Aufgabe der Funktion werden die zusätzlichen Grundentschädigungen für den Monat der Aufgabe tageweise berechnet.

§ 8a Zuschüsse an die Fraktionen

(1) Den Fraktionen werden zur Durchführung ihrer Aufgaben Zuschüsse für den personellen und sachlichen Aufwand einschließlich der Unterhaltung ihrer Büros gewährt.

(2) ¹Jeder Bezirksverordnetenversammlung werden für Zuschüsse an die Fraktionen **(Sach- und Personalkosten)** im Haushaltsjahr ein Grundbetrag in Höhe von 15 000 Euro und ein zusätzlicher Betrag von 100 Euro je 1 000 Bezirkseinwohner zugeteilt. ²10 vom Hundert des Grundbetrages erhält jede Fraktion als Sockelbetrag. ³Der verbleibende Gesamtbetrag wird **um 75 000 Euro verstärkt und** auf die einzelnen Fraktionen nach ihrer Mitgliederzahl verteilt. ⁴Die Fraktionszuschüsse werden monatlich im Voraus gezahlt.

(3) Die Fraktionen sind berechtigt, in einem Haushaltsjahr nicht ausgegebene Mittel in Höhe von bis zu 50 vom Hundert der nach Absatz 2 zugeteilten Zuschüsse in das folgende Jahr zu übertragen.

(4) ¹Die Fraktionen erhalten gegen Nachweis ihrer Aufwendungen zusätzliche Personalmittel für die Beschäftigung von Mitarbeitern. ²Die Personalmittel betragen für Fraktionen

1. mit einer Stärke von mehr als 20 Mitgliedern bis zu 32 000 Euro,
2. mit einer Stärke von zehn bis 20 Mitgliedern bis zu 24 000 Euro,
3. mit einer Stärke von weniger als zehn Mitgliedern bis zu 16 000 Euro.

(5) Die Fraktionen weisen bis zum 30. Juli des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres gegenüber dem Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung die ordnungsgemäße Verwendung der Zuschüsse nach.

Verfassung von Berlin

Artikel 45

(1) ¹Das Recht des Abgeordneten, sich im Abgeordnetenhaus und in den Ausschüssen durch Rede, Anfragen und Anträge an der Willensbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen, darf nicht ausgeschlossen werden.

²Die Rechte der einzelnen Abgeordneten können nur insoweit beschränkt werden, wie es für die gemeinschaftliche Ausübung der Mitgliedschaft im Parlament notwendig ist.

³Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

Artikel 55

(1) Die Regierung wird durch den Senat ausgeübt.

(2) Der Senat besteht aus dem Regierenden Bürgermeister und bis zu acht Senatoren.

Geschäftsordnung AGH

§ 47

Einbringen von Großen Anfragen

(1) Große Anfragen an den Senat müssen bei dem Präsidenten schriftlich eingebracht werden. Sie müssen entweder namens einer Fraktion oder von einer Anzahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, die einem Anteil von mindestens fünf vom Hundert der Mindestzahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin (Artikel 38 Absatz 2 der Verfassung von Berlin) entspricht, unterzeichnet sein. Die schriftliche Beantwortung durch den Senat ist zeitgleich beim Präsidenten zu beantragen.

(2) Dringliche Große Anfragen können von einer Fraktion bis zu Beginn einer Sitzung bei dem Präsidenten schriftlich eingebracht werden. Sie sollen, sofern von der Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Abgeordnetenhauses die Dringlichkeit anerkannt wird, vom Senat in derselben Sitzung beantwortet werden. In begründeten Ausnahmefällen kann die Antwort in der nächsten ordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgen. Die §§ 48 und 49 gelten sinngemäß.

Artikel 45

(1) ¹Das Recht des Abgeordneten, sich im Abgeordnetenhaus und in den Ausschüssen durch Rede, Anfragen und Anträge an der Willensbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen, darf nicht ausgeschlossen werden.

²Die Rechte der einzelnen Abgeordneten können nur insoweit beschränkt werden, wie es für die gemeinschaftliche Ausübung der Mitgliedschaft im Parlament notwendig ist. ³**Das Fragerecht wird durch Anfragen und spontane Fragen gewährleistet.** ⁴Das Nähere regelt **die den Senat insoweit bindende Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses.**

Artikel 55

(1) Die Regierung wird durch den Senat ausgeübt.

(2) Der Senat besteht aus dem Regierenden Bürgermeister und bis zu ~~acht~~ **zehn** Senatoren.

§ 47

~~Einbringen von Großen Anfragen~~

~~(1) Große Anfragen an den Senat müssen bei dem Präsidenten schriftlich eingebracht werden. Sie müssen entweder namens einer Fraktion oder von einer Anzahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, die einem Anteil von mindestens fünf vom Hundert der Mindestzahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin (Artikel 38 Absatz 2 der Verfassung von Berlin) entspricht, unterzeichnet sein. Die schriftliche Beantwortung durch den Senat ist zeitgleich beim Präsidenten zu beantragen.~~

~~(2) Dringliche Große Anfragen können von einer Fraktion bis zu Beginn einer Sitzung bei dem Präsidenten schriftlich eingebracht werden. Sie sollen, sofern von der Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Abgeordnetenhauses die Dringlichkeit anerkannt wird, vom Senat in derselben Sitzung beantwortet werden. In begründeten Ausnahmefällen kann die Antwort in der nächsten ordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses erfolgen. Die §§ 48 und 49 gelten sinngemäß.~~

§ 48

Beantwortung und Besprechung der Großen Anfragen

(1) Der Präsident teilt die Große Anfrage unverzüglich dem Senat mit und setzt sie auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung.

(2) Bei Großen Anfragen, für die keine schriftliche Beantwortung beantragt wurde, erhält ein Mitglied der Fraktion oder der Gruppe von Abgeordneten, die die Frage gestellt hat, das Wort zur Begründung, soweit sich der Senat in dieser Sitzung zur Beantwortung bereit erklärt. An die Antwort schließt sich unmittelbar die Besprechung an, wenn sie von einer Fraktion oder mindestens zehn Mitgliedern des Abgeordnetenhauses verlangt wird. Bei der Besprechung dürfen keine Anträge zur Sache gestellt werden.

(3) Bei Großen Anfragen, für die eine schriftliche Beantwortung beantragt wurde, beantwortet der Senat die Große Anfrage schriftlich innerhalb von drei Monaten nach Eingang. Diese Frist kann durch eine Vereinbarung zwischen den Anfragenden und dem Senat oder auf Ersuchen des Senats vom Ältestenrat bis längstens sechs Monate verlängert werden.

(4) Auf Verlangen der anfragenden Fraktion ist eine Besprechung der Großen Anfrage nach Absatz 2 oder Absatz 3 in einem Ausschuss durchzuführen; Absatz 2 Satz 3 findet entsprechende Anwendung. Die Behandlung der Großen Anfragen in einem Ausschuss soll entsprechend der Behandlung der Großen Anfragen in Sitzungen des Abgeordnetenhauses erfolgen.

§ 49

Ablehnung der Beantwortung der Großen Anfragen

(1) Wird die Große Anfrage nicht spätestens in der übernächsten ordentlichen Sitzung beantwortet oder lehnt der Senat die Beantwortung überhaupt ab, so tritt das Abgeordnetenhaus in eine Beratung ein, wenn sie von einer Fraktion oder mindestens zehn Mitgliedern des Abgeordnetenhauses verlangt wird.

(2) In dieser Beratung können Anträge zur Sache gestellt werden.

§ 48

~~Beantwortung und Besprechung der Großen Anfragen~~

~~(1) Der Präsident teilt die Große Anfrage unverzüglich dem Senat mit und setzt sie auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Sitzung.~~

~~(2) Bei Großen Anfragen, für die keine schriftliche Beantwortung beantragt wurde, erhält ein Mitglied der Fraktion oder der Gruppe von Abgeordneten, die die Frage gestellt hat, das Wort zur Begründung, soweit sich der Senat in dieser Sitzung zur Beantwortung bereit erklärt. An die Antwort schließt sich unmittelbar die Besprechung an, wenn sie von einer Fraktion oder mindestens zehn Mitgliedern des Abgeordnetenhauses verlangt wird. Bei der Besprechung dürfen keine Anträge zur Sache gestellt werden.~~

~~(3) Bei Großen Anfragen, für die eine schriftliche Beantwortung beantragt wurde, beantwortet der Senat die Große Anfrage schriftlich innerhalb von drei Monaten nach Eingang. Diese Frist kann durch eine Vereinbarung zwischen den Anfragenden und dem Senat oder auf Ersuchen des Senats vom Ältestenrat bis längstens sechs Monate verlängert werden.~~

~~(4) Auf Verlangen der anfragenden Fraktion ist eine Besprechung der Großen Anfrage nach Absatz 2 oder Absatz 3 in einem Ausschuss durchzuführen; Absatz 2 Satz 3 findet entsprechende Anwendung. Die Behandlung der Großen Anfragen in einem Ausschuss soll entsprechend der Behandlung der Großen Anfragen in Sitzungen des Abgeordnetenhauses erfolgen.~~

§ 49

~~Ablehnung der Beantwortung der Großen Anfragen~~

~~(1) Wird die Große Anfrage nicht spätestens in der übernächsten ordentlichen Sitzung beantwortet oder lehnt der Senat die Beantwortung überhaupt ab, so tritt das Abgeordnetenhaus in eine Beratung ein, wenn sie von einer Fraktion oder mindestens zehn Mitgliedern des Abgeordnetenhauses verlangt wird.~~

~~(2) In dieser Beratung können Anträge zur Sache gestellt werden.~~

§ 50 Kleine Anfragen

(1) ¹Jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses kann über bestimmte Vorgänge in einer Kleinen Anfrage, die bei dem Präsidenten schriftlich einzureichen ist, vom Senat Auskunft verlangen. ²Der Senat beantwortet die Anfrage schriftlich. ³Die Antwort soll innerhalb von zwei Wochen erfolgen. ⁴Anfrage und Antwort werden vom Präsidenten veröffentlicht.

(2) In Angelegenheiten des § 54 Absatz 1 wird die Antwort des Senats nicht veröffentlicht. Die Antwort wird in dem für Sicherheit und Ordnung zuständigen Ausschuss in Anwesenheit des Mitglieds, das die Frage gestellt hat, erteilt.

§ 51 Fragestunde

...

§ 50 ~~Kleine~~ Anfragen

(1) ¹Jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses kann über bestimmte Vorgänge in einer ~~Kleinen~~ Anfrage, die bei dem Präsidenten schriftlich einzureichen ist, vom Senat Auskunft verlangen. ²Der Senat beantwortet die Anfrage schriftlich. ³Die Antwort soll innerhalb von zwei Wochen erfolgen. ⁴**Der Senat darf Anfragen grundsätzlich nicht wegen ihres Umfangs zurückweisen und hat Verzögerungen zu entschuldigen.** ⁵Anfrage und Antwort werden vom Präsidenten **auch als Sammelvorlage** veröffentlicht.

(2) In Angelegenheiten des § 54 Absatz 1 wird die Antwort des Senats nicht veröffentlicht. Die Antwort wird in dem für Sicherheit und Ordnung zuständigen Ausschuss in Anwesenheit des Mitglieds, das die Frage gestellt hat, erteilt.

§ 51 Fragestunde

(1) ¹*Jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses ist berechtigt, im Anschluss an die Aktuelle Stunde (§ 52) ohne vorherige schriftliche Einreichung eine mündliche Anfrage (Spontane Anfrage) an ein anwesendes Senatsmitglied, andernfalls an den zuständigen Staatssekretär zu richten.* ²*Die Frage muss ohne Begründung kurz gefasst und von allgemeinem Interesse sein sowie eine kurze Beantwortung ermöglichen; sie darf nicht in Unterfragen gegliedert sein.* ³*Der Präsident weist Fragen zurück, die diesen Anforderungen nicht genügen.*

(2) ¹*An die mündliche Antwort des Senats schließt sich keine Besprechung an.* ²*Im Anschluss an die Beantwortung können bis zu zwei Zusatzfragen gestellt werden.* ³*Mindestens eine Zusatzfrage steht dem insoweit vorrangig zu berücksichtigenden anfragenden Mitglied zu; eine weitere Zusatzfrage kann auch von einem anderen Mitglied des Abgeordnetenhauses gestellt werden.* ⁴*Die Zusatzfragen sollen nicht in Unterfragen gegliedert werden.* ⁵*Zusatzfragen sind solche Fragen, die sich aus der Antwort des Senats ergeben.* ⁶*Absatz 1 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.*

(3) ¹*Die Dauer der Fragestunde beträgt 60 Minuten.* ²*In der Reihenfolge der Fraktionsstärke werden zunächst nacheinander zwei gesetzte Fragerunden durchgeführt; danach erfolgt ein freier Zugriff nach Eingang.*

§ 52 Aktuelle Stunde

(1) Auf Antrag einer Fraktion oder von mindestens zehn Mitgliedern des Abgeordnetenhauses findet in den ordentlichen Sitzungen des Abgeordnetenhauses eine Aktuelle Stunde zu einem Thema von allgemeinem Interesse statt. Jede Fraktion hat im Laufe eines Kalenderjahres Anspruch auf zweimalige Berücksichtigung des von ihr eingereichten Antrags. Bei mehreren gleichzeitig eingereichten Anträgen entscheidet das Abgeordnetenhaus unter Beachtung des Satzes 2.

(2) Der Antrag ist schriftlich beim Präsidenten spätestens 24 Stunden vor der nächsten ordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses einzureichen.

(3) Jeder Fraktion steht eine Redezeit von zehn Minuten zu, die auf zwei Redner aufgeteilt werden kann. Die von den Mitgliedern des Senats in Anspruch genommene Redezeit soll die jeder Fraktion zur Verfügung stehende Redezeit nicht überschreiten. Die Verlesung von Erklärungen oder Reden ist unzulässig.

(4) Anträge zur Sache können nicht gestellt werden.

(5) Im Rahmen der Aktuellen Stunde wird nur ein Thema besprochen. Liegen mehrere Anträge mit verschiedenen Themen vor, so wird, wenn das Abgeordnetenhaus nicht etwas anderes beschließt, das Thema besprochen, dessen Besprechung zuerst beantragt worden ist. Die übrigen Anträge gelten als erledigt.

(6) Die Aktuelle Stunde soll sich an die Mündlichen Anfragen anschließen.

§ 52 Aktuelle Stunde

(1) Auf Antrag einer Fraktion oder von mindestens zehn Mitgliedern des Abgeordnetenhauses findet **zu Beginn von in den** ordentlichen Sitzungen des Abgeordnetenhauses eine Aktuelle Stunde zu einem Thema von allgemeinem Interesse statt. Jede Fraktion hat im Laufe eines Kalenderjahres Anspruch auf zweimalige Berücksichtigung des von ihr eingereichten Antrags. Bei mehreren gleichzeitig eingereichten Anträgen entscheidet das Abgeordnetenhaus unter Beachtung des Satzes 2.

(2) Der Antrag ist schriftlich beim Präsidenten spätestens 24 Stunden vor der nächsten ordentlichen Sitzung des Abgeordnetenhauses einzureichen; **eine Begründung findet nicht statt.**

(3) Jeder Fraktion steht eine Redezeit von zehn Minuten zu, die auf zwei Redner aufgeteilt werden kann. Die von den Mitgliedern des Senats in Anspruch genommene Redezeit soll die jeder Fraktion zur Verfügung stehende Redezeit nicht überschreiten. Die **Abgabe Verlesung** von Erklärungen ~~oder Reden~~ ist **auch dann** unzulässig, **wenn mit der Aktuellen Stunde Abstimmungen einher gehen.**

~~(4) Anträge zur Sache können nicht gestellt werden.~~

~~(5) Im Rahmen der Aktuellen Stunde wird nur ein Thema besprochen. Liegen mehrere Anträge mit verschiedenen Themen vor, so wird, wenn das Abgeordnetenhaus nicht etwas anderes beschließt, das Thema besprochen, dessen Besprechung zuerst beantragt worden ist. Die übrigen Anträge gelten als erledigt.~~

~~(6) Die Aktuelle Stunde soll sich an die Mündlichen Anfragen anschließen.~~

§ 56 Einberufung

(1) Das Abgeordnetenhaus wird durch den Präsidenten einberufen. Auf Antrag eines Fünftels seiner Mitglieder oder des Senats muss das Abgeordnetenhaus unverzüglich einberufen werden.

(2) Die Sitzungen des Abgeordnetenhauses sind grundsätzlich Arbeitssitzungen (ordentliche Sitzungen). Aus besonderen Anlässen kann der Präsident mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses oder des Ältestenrats besondere Sitzungen (außerordentliche Sitzungen) einberufen.

(3) Die Sitzungen sollen nicht länger als sieben Stunden dauern.

§ 63 Redeordnung

(1) Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die zur Sache sprechen wollen, melden sich nach Eröffnung der Aussprache beim Präsidenten schriftlich oder durch Zuruf zu Wort. Der Präsident kann verlangen, dass die Wortmeldungen schriftlich erfolgen. Ein Mitglied des Abgeordnetenhauses darf nur sprechen, wenn ihm der Präsident das Wort erteilt hat.

(2) Zu Beginn der Aussprache erhält auf Verlangen je ein Mitglied jeder Fraktion das Wort. Es beginnt

- a) bei Vorlagen des Senats ein Mitglied der nicht am Senat beteiligten Fraktionen,
- b) bei der Aussprache über Anträge und Beschlussempfehlungen ein Mitglied der antragstellenden Fraktion; falls diese verzichtet, ein Mitglied der die Aussprache beantragenden Fraktion,
- c) bei Großen Anfragen ein Mitglied der anfragenden Fraktion,
- d) in der Aktuellen Stunde, bei Ausschussberichten gemäß § 21 Absatz 3, bei Ausschusszwischenberichten sowie bei auf die Tagesordnung gesetzten Vorlagen – zur Kenntnisnahme – und Mitteilungen – zur Kenntnisnahme – ein Mitglied der beantragenden Fraktion.

Soll ein Bericht erstattet werden, so kann hierzu vor Beginn der Aussprache das Wort erteilt werden.

§ 56 Einberufung

(1) Das Abgeordnetenhaus wird durch den Präsidenten einberufen. Auf Antrag eines Fünftels seiner Mitglieder oder des Senats muss das Abgeordnetenhaus unverzüglich einberufen werden.

(2) Die Sitzungen des Abgeordnetenhauses sind grundsätzlich Arbeitssitzungen (ordentliche Sitzungen). Aus besonderen Anlässen kann der Präsident mit Zustimmung des Abgeordnetenhauses oder des Ältestenrats besondere Sitzungen (außerordentliche Sitzungen) einberufen.

(3) Die Sitzungen **beginnen 11:00 Uhr und enden grundsätzlich spätestens 19:00 Uhr; offene Tagesordnungspunkte sind vertagt** ~~sollen nicht länger als sieben Stunden dauern.~~

§ 63 Redeordnung

(1) Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die zur Sache sprechen wollen, melden sich nach Eröffnung der Aussprache beim Präsidenten schriftlich oder durch Zuruf zu Wort. Der Präsident kann verlangen, dass die Wortmeldungen schriftlich erfolgen. Ein Mitglied des Abgeordnetenhauses darf nur sprechen, wenn ihm der Präsident das Wort erteilt hat.

(2) Zu Beginn der Aussprache erhält auf Verlangen je ein Mitglied jeder Fraktion das Wort. Es beginnt

- a) bei Vorlagen des Senats ein Mitglied der nicht am Senat beteiligten Fraktionen,
- b) bei der Aussprache über Anträge und Beschlussempfehlungen ein Mitglied der antragstellenden Fraktion; falls diese verzichtet, ein Mitglied der die Aussprache beantragenden Fraktion,
- ~~e) bei Großen Anfragen ein Mitglied der anfragenden Fraktion;~~
- d) in der Aktuellen Stunde, bei Ausschussberichten gemäß § 21 Absatz 3, bei Ausschusszwischenberichten sowie bei auf die Tagesordnung gesetzten Vorlagen – zur Kenntnisnahme – und Mitteilungen – zur Kenntnisnahme – ein Mitglied der beantragenden Fraktion.

Berichte werden vor den Prioritäten erstattet; es schließt sich eine Aussprache an.

(3) Im Übrigen bestimmt der Präsident die Reihenfolge, in der die Reden gehalten werden, unter Berücksichtigung der Wortmeldungen im Wechsel zwischen Mitgliedern der am Senat beteiligten Fraktionen und Mitgliedern der nicht am Senat beteiligten Fraktionen entsprechend ihrer Stärke. Jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses kann seinen Platz in der Redeliste abtreten.

(4) Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die zur Geschäftsordnung sprechen wollen, müssen bis zur Eröffnung der Abstimmung sofort das Wort erhalten.

(5) Den Mitgliedern des Senats ist auf Verlangen das Wort zu erteilen, jedoch nicht vor der Begründung eines Antrags oder einer Großen Anfrage durch diejenigen, die den Antrag oder die Frage gestellt haben, nicht vor der Berichterstattung und ohne dass ein begonnener Vortrag unterbrochen werden darf.

(6) Es wird in freiem Vortrag von der Rednertribüne aus gesprochen. Hierbei können Aufzeichnungen benutzt werden. Schriftstücke dürfen nur mit Einwilligung des Präsidenten vorgelesen werden. Der Präsident soll Ausnahmen nur für die Abgabe von Erklärungen durch Mitglieder der Fraktionen genehmigen. Im Wortlaut vorbereitete Reden können zu Protokoll gegeben werden.

(7) Zusatzfragen in der Fragestunde sollen vom Platz oder von einem besonderen Mikrophon aus gestellt werden.

(8) Während der Rede eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses oder des Senats können Mitglieder des Abgeordnetenhauses von ihrem Platz oder von einem besonderen Mikrophon aus Zwischenfragen stellen, wenn die Person, die die Rede hält, es gestattet. Im gleichen Zusammenhang können nur drei Zwischenfragen gestellt werden. § 51 Absatz 1 Satz 2 zweiter Halbsatz und Satz 3 gilt entsprechend. Die Dauer der Zwischenfragen wird auf die Redezeit nicht angerechnet. Das Gleiche gilt für die Beantwortung, soweit sie die Dauer von einer Minute nicht überschreitet.

(3) Im Übrigen bestimmt der Präsident die Reihenfolge, in der die Reden gehalten werden, unter Berücksichtigung der Wortmeldungen im Wechsel zwischen Mitgliedern der am Senat beteiligten Fraktionen und Mitgliedern der nicht am Senat beteiligten Fraktionen entsprechend ihrer Stärke. Jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses kann seinen Platz in der Redeliste abtreten.

(4) Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die zur Geschäftsordnung sprechen wollen, müssen bis zur Eröffnung der Abstimmung sofort das Wort erhalten.

(5) Den Mitgliedern des Senats ist auf Verlangen das Wort zu erteilen, jedoch nicht vor der Begründung eines Antrags oder einer Großen Anfrage durch diejenigen, die den Antrag oder die Frage gestellt haben, nicht vor der Berichterstattung und ohne dass ein begonnener Vortrag unterbrochen werden darf.

(6) Es wird in freiem Vortrag von der Rednertribüne aus gesprochen. Hierbei können Aufzeichnungen benutzt werden. Schriftstücke dürfen nur mit Einwilligung des Präsidenten vorgelesen werden. Der Präsident soll Ausnahmen nur für die Abgabe von Erklärungen durch Mitglieder der Fraktionen genehmigen. Im Wortlaut vorbereitete Reden können zu Protokoll gegeben werden.

(7) Zusatzfragen in der Fragestunde sollen vom Platz oder von einem besonderen Mikrophon aus gestellt werden.

(8) Während der Rede eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses oder des Senats können Mitglieder des Abgeordnetenhauses von ihrem Platz oder von einem besonderen Mikrophon aus Zwischenfragen stellen, wenn die Person, die die Rede hält, es gestattet. ~~Im gleichen Zusammenhang können nur drei~~ **Während eines Redebeitrages können nur bis zu zwei Zwischenfragen** gestellt werden. § 51 Absatz 1 Satz 2 ~~und 3 zweiter Halbsatz und Satz 3~~ **gilt gelten** entsprechend. Die Dauer der Zwischenfragen wird auf die Redezeit nicht angerechnet. Das Gleiche gilt für die Beantwortung, soweit sie die Dauer von einer Minute nicht überschreitet.

(9) ¹Im Anschluss an einen Debattenbeitrag eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses kann der Präsident das Wort zu einer Zwischenbemerkung von höchstens drei Minuten erteilen; hierauf darf das Mitglied, das die Rede gehalten hat, noch einmal mit bis zu drei Minuten Redezeit erwidern. ²Je Debattenbeitrag sind bis zu zwei Zwischenbemerkungen zulässig. ³Zu Zwischenbemerkungen und zu Erwidierungen sind keine Zwischenfragen zugelassen.

(10) In den Fällen des Absatzes 5 und des § 62 Absatz 4 und 5 hat die Opposition das Recht der ersten Erwidern.

§ 64 Rededauer

(1) Die Gesamtredezeit beträgt

- a) bei der Beratung von Gesetzesvorlagen, Vorlagen – zur Beschlussfassung –, Beschlussempfehlungen zu Gesetzesanträgen (zweite und dritte Lesungen) 15 Minuten je Fraktion,
- b) bei der Besprechung von Vorlagen – zur Kenntnisnahme –, Mitteilungen – zur Kenntnisnahme –, Beschlussempfehlungen mit Ausnahme der in Buchstabe a genannten sowie Großen Anfragen gemäß § 48 Absatz 2 und Berichten zehn Minuten je Fraktion,
- c) für Bemerkungen zur Geschäftsordnung und persönliche Bemerkungen fünf Minuten für jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses,
- d) zur Begründung von Großen Anfragen gemäß § 48 Absatz 2 fünf Minuten und bei der Beratung von Anträgen und Großen Anfragen gemäß § 48 Absatz 3 fünf Minuten je Fraktion,
- e) bei der Beratung von Verhandlungsgegenständen im Prioritätenblock (§ 59 Absatz 2) abweichend von den Buchstaben a und b fünf Minuten je Fraktion.

(9) ¹Im Anschluss an einen Debattenbeitrag eines Mitglieds des Abgeordnetenhauses kann der Präsident das Wort zu einer Zwischenbemerkung von höchstens drei Minuten erteilen; hierauf darf das Mitglied, das die Rede gehalten hat, noch einmal mit bis zu drei Minuten Redezeit erwidern. ²Je Debattenbeitrag sind bis zu zwei Zwischenbemerkungen zulässig. ³Zu Zwischenbemerkungen und zu Erwidierungen sind keine Zwischenfragen zugelassen.

⁴Zwischenbemerkungen sind durch die Parlamentarischen Geschäftsführer und im Falle von Verhinderung durch beauftragte Mitglieder der Fraktionsvorstände anzumelden. ⁵Die Dauer von insgesamt zwei Zwischenbemerkungen je Fraktion wird auf das Redezeitkontingent nicht angerechnet.

(10) In den Fällen des Absatzes 5 und des § 62 Absatz 4 und 5 hat die Opposition das Recht der ersten Erwidern.

(1) ¹Die Gesamtredezeit wird kontingentiert und beträgt nach den Prioritäten höchstens 35 Minuten je Fraktion. ²Jede Fraktion kann bis zu zwei weitere Tagesordnungspunkte zur Rede anmelden und diese weiteren Rederunden mit zwei Rednern gestalten, soweit jeweils mindestens zwei, höchstens 10 Minuten geredet wird. ²Die Redezeit beträgt

- a) bei der Beratung von Gesetzesvorlagen, Vorlagen – zur Beschlussfassung –, Beschlussempfehlungen zu Gesetzesanträgen (zweite und dritte Lesungen) 15 Minuten je Fraktion,
- b) bei der Besprechung von Vorlagen – zur Kenntnisnahme –, Mitteilungen – zur Kenntnisnahme –, Beschlussempfehlungen mit Ausnahme der in Buchstabe a genannten sowie ~~Großen Anfragen gemäß § 48 Absatz 2 und~~ Berichten zehn Minuten je Fraktion,
- c) für Bemerkungen zur Geschäftsordnung und persönliche Bemerkungen fünf Minuten für jedes Mitglied des Abgeordnetenhauses,
- ~~d) zur Begründung von Großen Anfragen gemäß § 48 Absatz 2 fünf Minuten und bei der Beratung von Anträgen und Großen Anfragen gemäß § 48 Absatz 3 fünf Minuten je Fraktion,~~
- e) bei der Beratung von Verhandlungsgegenständen im Prioritätenblock (§ 59 Absatz 2) abweichend von den Buchstaben a und b grundsätzlich fünf Minuten je Fraktion; **soweit eine Fraktion bis zu 10 Minuten redet, erfolgt eine Anrechnung auf das Kontingent nach Satz 1.**

(2) Die Redezeit für Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die keiner Fraktion und keiner Parlamentarischen Gruppe angehören, beträgt fünf Minuten. Die Gesamtredezeit für eine Parlamentarische Gruppe beträgt in den Fällen des Absatzes 1 jeweils fünf Minuten.

(3) Das Abgeordnetenhaus kann auf Antrag mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder beschließen, die Redezeit für einzelne Verhandlungsgegenstände anderweitig festzusetzen oder die Beschränkung der Redezeit aufzuheben.

(4) Ist die Beschränkung der Gesamtredezeit aufgehoben, so entfallen die in Absatz 1 genannten Gesamtredezeiten auf diejenigen, die als erste für ihre Fraktion reden. § 63 Absatz 2 gilt entsprechend. Im Anschluss daran steht jedem weiteren Mitglied, dem das Wort zur Sache erteilt wird, eine Redezeit von zehn Minuten zu. Sie soll auch von den Mitgliedern des Senats nicht überschritten werden.

(5) Bei einer Aussprache gemäß Absatz 4 kann der Präsident den Verhandlungsgegenstand für ausdiskutiert und die Aussprache hierüber für geschlossen erklären, sofern dies unter Berücksichtigung ihres bisherigen Verlaufs im Einzelfall erforderlich ist, um ihrer unsachgemäßen Ausweitung entgegenzuwirken. § 62 Absatz 3 Satz 3 findet entsprechende Anwendung.

(6) Spricht ein Mitglied des Abgeordnetenhauses über die Redezeit hinaus, so entzieht ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort. Ausführungen nach Entziehung des Wortes werden in das Plenarprotokoll nicht aufgenommen.

(7) Ergreift in einer Aussprache ein Mitglied des Senats das Wort, so steht jeder Fraktion danach eine Redezeit von mindestens fünf Minuten zu. Die Mitglieder des Senats sollen in einer Aussprache keine längere Redezeit haben, als nach dieser Geschäftsordnung jeder Fraktion zusteht. Dies gilt nicht für die Beantwortung Großer Anfragen.

(8) Bei der Besprechung gemäß § 62 Absatz 4 und 5 gibt es keine Begrenzung der Gesamtredezeit, jedoch gilt Absatz 4 Satz 2 entsprechend. Dasselbe gilt für die Beratung der Vorlage über die Richtlinien der Regierungspolitik.

(2) Die Redezeit für Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die keiner Fraktion und keiner Parlamentarischen Gruppe angehören, beträgt fünf Minuten. Die Gesamtredezeit für eine Parlamentarische Gruppe beträgt in den Fällen des Absatzes 1 jeweils fünf Minuten.

(3) Das Abgeordnetenhaus kann auf Antrag mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder beschließen, die Redezeit für einzelne Verhandlungsgegenstände anderweitig festzusetzen oder die Beschränkung der Redezeit aufzuheben.

(4) Ist die Beschränkung der Gesamtredezeit aufgehoben, so entfallen die in Absatz 1 genannten Gesamtredezeiten auf diejenigen, die als erste für ihre Fraktion reden. § 63 Absatz 2 gilt entsprechend. Im Anschluss daran steht jedem weiteren Mitglied, dem das Wort zur Sache erteilt wird, eine Redezeit von zehn Minuten zu. Sie soll auch von den Mitgliedern des Senats nicht überschritten werden.

(5) Bei einer Aussprache gemäß Absatz 4 kann der Präsident den Verhandlungsgegenstand für ausdiskutiert und die Aussprache hierüber für geschlossen erklären, sofern dies unter Berücksichtigung ihres bisherigen Verlaufs im Einzelfall erforderlich ist, um ihrer unsachgemäßen Ausweitung entgegenzuwirken. § 62 Absatz 3 Satz 3 findet entsprechende Anwendung.

(6) Spricht ein Mitglied des Abgeordnetenhauses über die Redezeit hinaus, so entzieht ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort. Ausführungen nach Entziehung des Wortes werden in das Plenarprotokoll nicht aufgenommen.

(7) Ergreift in einer Aussprache ein Mitglied des Senats das Wort, so steht jeder Fraktion danach eine Redezeit von mindestens fünf Minuten zu. Die Mitglieder des Senats sollen in einer Aussprache keine längere Redezeit haben, als nach dieser Geschäftsordnung jeder Fraktion zusteht. Dies gilt nicht für die Beantwortung Großer Anfragen.

(8) Bei der Besprechung gemäß § 62 Absatz 4 und 5 gibt es keine Begrenzung der Gesamtredezeit, jedoch gilt Absatz 4 Satz 2 entsprechend. Dasselbe gilt für die Beratung der Vorlage über die Richtlinien der Regierungspolitik.